



Mit fünf seiner sechs Kinder versammelt sich das Ehepaar Desing aus Kematen, auch um über aktuelle Entwicklungen zu sprechen – wie das Sparen der Bundesregierung und wie sich das auf die eigene Großfamilie auswirkt.

„Bei

Das Sparpaket lässt keinen kalt: AK, ÖGB und der Katholische Familienverband üben scharfe Kritik.

Von M. Sulaiman und M. Christler

„Eltern GmbH“ spart für die Zukunft ihrer sechs Kinder

Die Großfamilie Desing aus Kematen wurde vom Sparpaket überrascht. Die Ausbildung der Kinder soll darunter nicht leiden.

Von Matthias Christler

Kematen – Das Schild über dem Briefkasten der Familie Desing lässt keine Fragen offen: „Firma Eltern GmbH. Geschäftszeiten 24 Stunden täglich. Kalte und warme Speisen. Sämtliche Reinigungsarbeiten.“ Der Punkt „Finanzdienstleistungen“ gehört jetzt eigentlich unterstrichen. Eltern von sechs Kindern zu sein, ist ein Job für sich. Bezahlung in dem Sinn gibt es keine, eine Hilfe vom Staat schon. Bei der wird nun gekürzt.

Die Großfamilie Desing aus Kematen wurde davon völlig überrascht: „Kurz nach den Wien-Wahlen wurde die Katze aus dem Sack gelassen“, ärgert sich Vater Peter Desing, wie und wann das Sparpaket veröffentlicht wurde. Ehefrau Gabriele hätte sich wenigstens genaue Informationen erwartet. „Klar

ist nämlich nicht, wie das mit der Familienbeihilfe konkret ist. Auf alle Fälle treffen uns die Maßnahmen empfindlich.“ Allein durch den Wegfall der 13. Familienbeihilfe fehlen ca. 1300 Euro pro Jahr; die anderen Mehrkosten hat die Familie noch gar nicht ausgerechnet.

Außerdem studieren zwei der Söhne schon und es ist nicht klar, ob sie bis 24 fertig werden. Ab dann würde die ganze Familienbeihilfe wegfallen. „Es braucht eine faire Regelung für alle, nicht jedes Studium ist gleich lang und nicht jeder kann mit 18 anfangen.“ Zum Beispiel wegen des Präsenzdiensts oder weil er eine HTL-Matura gemacht hat. „Das ganze Sparpaket wurde überfallsartig entschieden“, wundert sich Peter Desing nicht wirklich über die wenig ausgereiften Maßnahmen.

Die Regierung muss je-

denfalls sparen, viel davon wird von den Familien getragen. Großfamilien wie die Desings müssen daher noch mehr sparen, die drei Söhne Bernhard (23 Jahre), Harald (21) und Reinhard (19) sowie die Töchter Sonja (15), Valentina (10) und Veronika (7) sollen das aber nicht spüren. Nicht bei den Finanzdienstleistungen, die weit über das Taschengeld von 10 Euro für die jüngste Tochter bis 50 Euro für den Ältesten hinausgehen. Und gespart wird erst recht nicht bei der Zukunft. „Wir wollen den Kindern eine gute Ausbildung ermöglichen, auch wenn die staatlichen Hilfen gekürzt werden – und die Studiengebühren wieder eingeführt werden.“ Davon gehen die Eltern aus. Sohn Harald arbeitet neben dem Studium bereits und weiß, dass „ich vielleicht bald mehr beitragen muss“.

Aber genau das verhin-

dere, so der Vater, „dass viele fertig studieren. Tirol ist in der Akademikerquote ohnehin weit hinten. Bei den Familien und der Ausbildung zu sparen, ist das falsche Signal.“

Die Eltern wollten selbst ein Zeichen setzen: Deshalb schrieben sie einen Leserbrief an die *TT* und bekamen viele Reaktionen. Das sind die Desing gewohnt. „Als Großfamilie wird man manchmal belächelt.“ Vielleicht, weil man noch nie eine Flugreise machen konnte oder in einem zwölf Jahre alten VW Bus unterwegs ist. „Für uns überwiegen die schönen Momente bei Weitem“, stellt die Mutter klar.

Sie könne junge Menschen, die weniger oder gar keine Kinder haben wollen, aber langsam verstehen. Die „Finanzdienstleistungen“ für die eigenen Kinder sind jetzt schon schwer aufzubringen.

Innsbruck – Aus einem Gefühlszustand kommt Erwin Zangerl, Präsident der Tiroler Arbeiterkammer, derzeit nicht heraus der Empörung. „Es werden genau jene zur Kasse gebeten, die die Krise nicht zu verantworten haben. Dort, wo es den Menschen weh tut, haut die Politik nochmals hin“, ärgert er sich. „Es ist beschämend und bezeichnend, dass die Politik ihre Wahlzuckerln einkassiert. Da kommt sich jeder verschaukelt vor“, verweist er auf die 13. Familienbeihilfe. Dass die Kürzung der Familienbeihilfe bis zum 24. Lebensjahr teilweise wieder zurückgenommen wurde, sieht er als gute Entscheidung, fordert aber die generelle Aufhebung der Maßnahme ein. Auch



H. Platter ortet Verhandlungsvorbereitung

der Masse wird abkassiert“

Die Causa Pflegegeld stößt ihm sauer auf. „Es gleicht einer Abschaffung, wenn die Stufen so angehoben werden, dass keiner hinzukommt. Es wird keiner absichtlich zum Pflegefall.“ Bei den Pensionssystemen werde zwar der einzelne Bauer belastet, „das Förderungssystem bleibt aber ungeschoren“.

Es werde einfach bei der Masse abkassiert. Die Gruppenbesteuerung bei den Unternehmen sei aber kein Thema mehr. „Man nimmt Rücksicht auf Kosten der Arbeitnehmer“, flucht Zangerl, setzt jedoch nach: Wenn den Menschen das Geld zum Leben fehle, gehe dies der Wirtschaft ab. Die Gewerkschaften sollten das Geld bei den Lohnverhandlungen einfordern.

Zangerl nimmt auch die Nationalräte in die Pflicht: „Menschen müssen wichtiger als Parteidisziplin sein“, fordert er sie auf, gegen das Paket zu stimmen. Die westlichen Länder treffe es durch das überteuerte Leben doppelt hart. Tirols Stromerhöhung müsste der Landeschef rechtfertigen. Zangerl ist überzeugt: „Je weniger sie erhöhen, umso mehr Akzeptanz haben sie für Projekte.“

Insgesamt beleidige für Zangerl die ÖVP permanent

jene Schichten, die das Rückgrat der Partei waren: „Sie hauen auf jene ein, die die Basis sind. Sie haben gerade noch vergessen, die Hundesteuer zu erhöhen. Und eine Raucherpartei wird sich wohl noch gründen.“

„Die ÖVP beleidigt permanent jene Schichten, die das Rückgrat der ÖVP waren.“

Erwin Zangerl, AK-Chef

Foto: Böhm

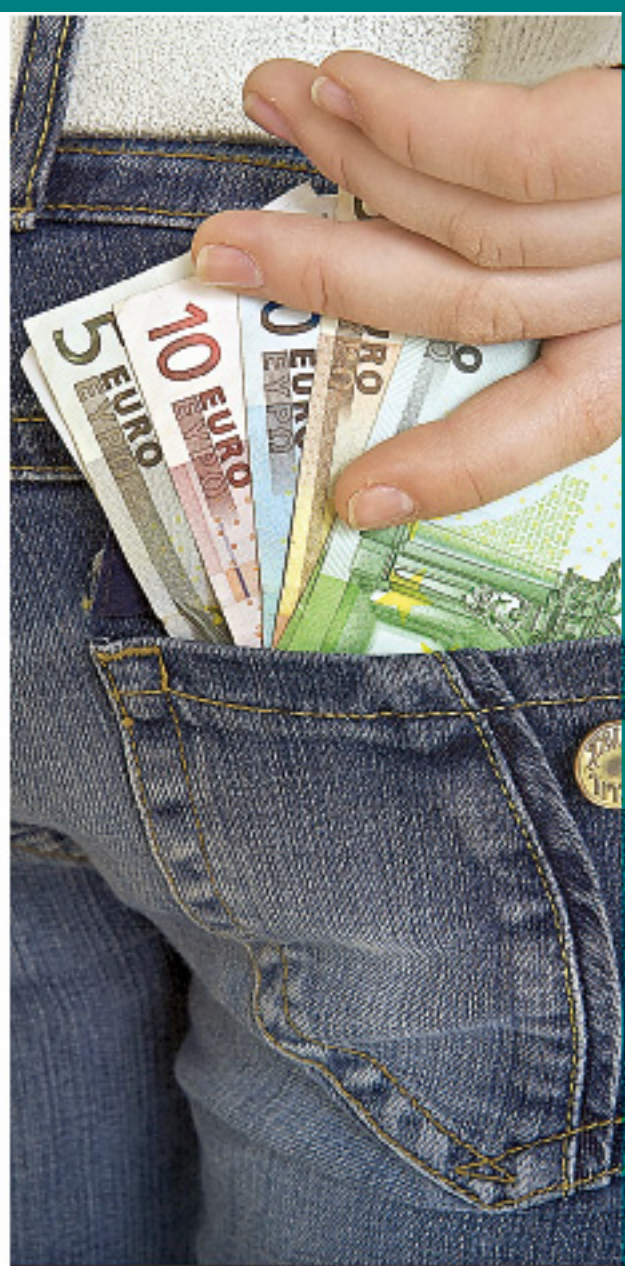


Ähnlich klare Worte findet Otto Leist, der Tiroler Chef des Gewerkschaftsbundes (ÖGB). Er nennt die Belastungen für Jugendliche, Studierende und deren Familien „unfair und überproportional“. Jungen Menschen zwischen 18 und 21 Jahren, die eine Arbeit suchen, die Familienbeihilfe zu streichen, belaste die Betroffenen mit rund 2700 Euro. „Das ist eine völlig unverhältnismäßige Summe im Vergleich zu Belastungen bei anderen Bevölkerungsgruppen“, sagt Leist zu den Sparplänen, die für ihn dringend weiter überarbeitet gehören.

Er sieht zwar auch einige positive Ansatzpunkte, wie die Besteuerung von Vermögen. „Dafür ist die Belastung für die Pendler viel zu hoch. Die Tiroler sind ohnehin von exorbitant hohen Pendlerkosten betroffen und benötigen dringend eine Entlastung.“ Und nicht eine Erhöhung der Mineralölsteuer. Die treffe genau jene Arbeitnehmer, die auf das Auto angewiesen sind und schlussendlich wieder die ganze Familie.

„So eine Verunsicherung bei den Familien habe ich noch nie erlebt“, fasst Paul Hofbauer, der Vorsitzende des Katholischen Familienverbands Tirol, die Stimmung zusammen. Der Verband vertritt 16.000 Familien und viele davon haben sich gemeldet: „Sie sind verärgert, dass die 13. Familienbeihilfe nach drei Jahren wieder gestrichen wird. Die Politiker geben ja selbst schon zu, dass es nur ein Wahlzuckerl war.“

Hofbauer befürchtet, dass der finanzielle Rückschritt für die Familien dramatische Folgen haben wird: Die Argumentation, dass man jetzt sparen muss für die Kinder in Zukunft, sei völlig falsch, „denn wenn jetzt die Voraussetzungen nicht stimmen, wird es in Zukunft weniger Kinder geben“.



Das Geld wird den Leuten aus der Tasche gezogen – das ist der einheitliche Tenor der Kritiker des Sparpaketes.

Für Platter steht der engere Gürtel außer Frage

Innsbruck – Mit Verständnis wird das Budget jedoch von anderer Seite betrachtet. So erklärt Landeshauptmann Günther Platter: „Dass der Gürtel enger geschnallt werden muss, steht außer Frage. Wir haben auch in Tirol schon vor Monaten die entsprechenden Schritte eingeleitet. Der Budgetbedarf bis 2014 steht“.

Wer morgen auch noch handlungsfähig bleiben wolle, müsse heute dafür die Weichen stellen. Platter warnt auch davor, angesichts der positiven Konjunkturdaten übermütig zu werden und Maßnahmen bzw. Reformen auf die lange Bank zu schieben. Die einzelnen Maßnahmen würden von der Landesregierung jetzt

im Begutachtungsverfahren angesehen. Platter ortet hier – insbesondere nach den Diskussionen in den letzten Tagen – Verhandlungsbereitschaft.

Schlussendlich fällt die Entscheidung im Nationalrat, davor wird es noch einiges zu diskutieren geben. „Im Familienbereich werden wir versuchen, bessere Wege zu finden“.

erklärt Gisela Wurm, Nationalratsabgeordnete der SPÖ. Eine ähnliche Meinung vertritt Hermann Gahr von der ÖVP. „Es gibt Ansätze, die weiter überlegt und verhandelt werden müssen. Kritisch sehe ich die Kürzungen bei den Familien.“ Nicht jede Maßnahme sei „in Stein gemeißelt“. Der Tiroler NR-Abgeordnete hätte

sich außerdem konkrete Projekte für Sparmöglichkeiten in der Verwaltung gewünscht.

Für Klubkollegin Karin Haki gibt dieses Budget „der Jugend eine Chance, nicht alle Lasten alleine schultern zu müssen“. Die Familienbeihilfer würden im internationalen Vergleich die höchsten bleiben. (mir christ)